

SI-STAMMTISCH
in Ebnat Kappel SG

in Zusammenarbeit mit
DEAR Foundation-Solidarité Suisse

Stromknappheit, Ukraine-Konflikt und die Diskussionen um die SVP. Der Stammtisch von SI/Illustré im Toggenburg verläuft hoch-emotional. Toni Brunner plädiert für die Kernkraft, will die Wehrdienstpflicht für Frauen diskutieren und vertraut beim Krisenmanagement auf seine Partnerin Esther Friedli.

Ein Hoch auf das Leben: Stefan Regez, Armin Landrerer, Toni Brunner, Esther Friedli, sowie Gabi und Josef Andres (v.l.).

«Die Schweiz muss Farbe bekennen»

TEXT THOMAS RENGGLI
FOTOS KURT REICHENBACH

Die «Handelszeitung» nannte das «Haus der Freiheit» in Ebnet-Kappel SG den «Monte Verità der Aufrechten vom Lande in Auflehnung gegen die städtische Obrigkeit». An diesem Morgen wird aber keine Revolution angezettelt, sondern am Stammtisch von SI/Illustré über die brisante Aktualität gesprochen. Neben dem Wirtepaar, Nationalrätin Esther Friedli (44) und Toni Brunner (47), dem früheren SVP-Präsidenten, nehmen Armin Landerer (60), CEO der Stiftung DEAR Foundation Solidarité Suisse sowie als Vertreter der SI-Leserschaft das Ehepaar Gabi und Josef Andres (beide 68) aus Rafz ZH Platz. Moderator Stefan Regez orientiert sich zunächst an der hausinternen



Natürlich und Volksnah: Toni Brunner und sein älterer Bruder Andi, der im Restaurant mithilft.

«Ich weiss nicht, ob es Sinn macht, die Neutralität in dieser Situation hochzuhalten»

ARMIN LANDERER

Rollenverteilung – und will bereits die Hochzeitsglocken läuten hören.

Toni, wann heiratet Ihr?

Toni Brunner (lacht): Das lest ihr dann in der *Schweizer Illustrierten*. Aber wir sind hier doch sehr zurückgezogen. Deshalb werdet Ihr es im Flachland wohl erst mit Verzögerung erfahren. Geplant ist noch nichts, aber die Option ist definitiv vorhanden.

Esther Friedli: Dem gibt's nichts beizufügen.

Was ist mit der SVP los? Nun äussert sich schon Adolf Ogi im «Blick» und sagt: Ich verstehe den Kurs der Chefs nicht mehr...

Brunner: Ich weiss, wie das Spiel läuft. Dölf schaut manchmal bei uns vorbei. Er lässt sich zu Schlagzeilen hinreissen. Für mich gibt es bezüglich der Schweizer Position unverrückbare Grundsätze: Die bewaffnete Neutralität und die höchste Souveränität des Volkes.



Plädiert dafür, dass auch Frauen-Wehrdienst leisten: Stiftungs-CEO Armin Landerer.

Ist gegen ein Verbot neuer Atomkraftwerke: Gabi Andres.



Der Kompass der SVP ist gut eingestellt. Für mich liegt das Problem nicht in Aussagen von aktuellen Exponenten. Die SVP ist während Jahrzehnten immer gewachsen. Und die Schweizer haben es nicht gern, wenn jemand zu dominant wird. In einer grossen Volkspartei darf es aber unterschiedliche Meinungen geben. Beim Ukraine-Russland-Konflikt müsste sich die SVP vielleicht gar nicht äussern. Aber ich finde es traurig, dass die diplomatischen Verhandlungen in der Türkei stattfinden und nicht in der Schweiz.

In Bern und Zürich erlitt die SVP zuletzt deutliche Verluste. Frau Friedli, wie beurteilen Sie das als Politologin?
Friedli: Da lässt sich einiges auch relativieren. Im Kanton Bern sind es 0,9

Prozent Wähleranteil, den wir verloren haben. In den Kantonen Obwalden und Nidwalden haben wir sogar zugelegt. Aber man kann Wählerprozente gewinnen und Sitze verlieren. Bei der Mitte war es umgekehrt. Bei der SVP befinden wir uns weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Es ist immer einfacher zu wachsen als zu konsolidieren. Und man macht es sich zu einfach, wenn man alles auf die nationale Partei abschiebt.

Wir sind hier im Haus der Freiheit – und derzeit kämpft die Ukraine verzweifelt um ihre Freiheit. Gleichzeitig irritiert die SVP mit unverständlichen Positionsbezügen – Exponenten wie Grüter, Glarner oder Köppel irrlichern.

Brunner: Das sind Einzelfälle, die ihre persönliche Meinung äussern. Die SVP hat nie eine Resolution zu Thema verabschiedet. Aber in der Ukraine-Frage könnte das Schweizer Modell eine Lösung sein. Ich weiss nicht, wie schnell es mit den Friedensverhandlungen läuft. Aber wenn man die Lage beruhigen will, muss man eine diplomatische Lösung finden. Und die könnte so aussehen, dass die Ukraine ein unabhängiger und neutraler Staat wird – ausserhalb der Nato. Und genau das hat Selenski vorgeschlagen. Er will eine Abstimmung und eine demokratische Legitimation dafür.

Armin Landerer: Ich weiss nicht, ob es Sinn macht, die Neutralität hochzuhalten. Die Verflechtungen sind zu gross. Wir können nicht sagen, dass uns das alles nichts angeht. Jetzt müssen wir Farbe bekennen – und auch moralisch klar Stellung beziehen.

Friedli: Aber mich störte, wie man es machte. Die Schweiz hat in der Vergangenheit immer wieder Wirtschaftssanktionen mitgetragen. Im aktuellen Fall handelt es sich für mich um einen Kommunikationsflop. Wenn der US-Präsident sagt, die Schweiz habe die Neutralität aufgegeben, ist das nicht gut. Deshalb spielen wir in den Verhandlungen keine Rolle mehr. Wenn sich der Bundespräsident auf dem Bundesplatz wie ein Demonstrant verhält, ist dies unhaltbar.

Brunner: Das letzte Mal, dass sich Putin und Biden die Hand gaben, war in der Schweiz. Man kann Sanktionen mittragen, ohne dies an die grosse Glocke zu hängen. Der türkische Präsident Erdogan ist kein Putin-Freund, die Türkei ist sogar Nato-Mitglied, aber er hat es geschickter gemacht und den Kriegsparteien eine Verhandlungsplattform geboten. Nochmals: Man kann die Sanktionen mittragen, ohne sich aber so dilettantisch wie Cassis anzustellen. Er liess sich unter Druck setzen.

Landerer: Es war der Druck aus Brüssel – und der öffentliche Druck von den Fernsehbildern.

Josef Andres: Und auch die Amerikaner erzeugen Druck – mit ihrer Wirtschaft.
Brunner: Das ist unappetitlich. Als Kleinstaat wird man erpresst und gezwungen, Partei zu beziehen. Dass sich

das Volk in Umfragen für den Regierungskurs ausspricht, liegt auch an der Fragestellung. Hätte man gefragt, ob die Schweiz als neutraler Staat Friedensverhandlungen durchführen soll, hätte kaum jemand nein gesagt.

Viele SVP-Exponenten positionieren sich als Putin-Versteher...

Friedli: Und verschiedene unserer Exponenten äussern sich auch zu anderen Themen. Für mich ist wichtig, dass wir den Flüchtlingen helfen. Und wir sollten uns auch stark auf die Sicherheitspolitik und die Versorgungspolitik konzentrieren. Dort gibt es grossen Handlungsbedarf.

Brunner: Da bin ich exakt derselben Meinung. Ich kann mich an etwas erinnern, das Cedric Wermuth in einer sicherheitspolitischen Diskussion sagte, als wir uns für eine Erhöhung des Armeebudgets aussprachen. Er bezeichnete uns als Hinterwäldler, die ernsthaft das Gefühl haben, dass feindliche Panzer auf die Schweiz zurollen könnten. Aber nun sehen wir: Den ewigen Frieden wird's nicht geben. In den vergangenen Wochen ist etwas passiert, das man nie erwartet hätte.

Josef Andres: Die aktuelle Lage führt uns schonungslos vor Augen, was passieren kann. Wir müssen die Armee wieder auf Vordermann bringen. Und dazu gehört die Anschaffung des Kampffjets F-35.

Friedli: Mit einer Initiative will die Linke eine Volksabstimmung über diesen Jet erzwingen. Doch allein der Gedanke dahinter ist falsch. Denn an der Urne haben wir den Grundsatzentscheid für neue Kampffjets bereits gefällt und sagten Ja. Über den Typ müssen Experten entscheiden. Da haben wir genügend Fachleute.

Brunner: Wir haben in den vergangenen Jahren bei der Armee immer gespart und gekürzt. Andere Ausgaben dagegen gehen ab durch die Decke. Wir müssen über den Personalbestand der Armee sprechen. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Armee momentan in der Lage wäre, unser Land zu verteidigen. *Landerer:* Vielleicht ist das unpopulär. Aber ich wäre für die Dienstpflicht der Frauen. Die Frauen in Israel machen es vor – und sie fühlen sich in dieser Rolle wohl.



Starkes Doppel - politisch und privat: Esther Friedli und Toni Brunner. Heirat sei «definitiv eine Option», so Friedli.

«Als ich hörte, wer neue Programmchefin der SVP wird, sagte ich: das kommt gut»

TONI BRUNNER ÜBER DIE NEUE ROLLE SEINER PARTNERIN

Brunner: Das ist ein interessanter Punkt, den man anschauen sollte. Man kann nicht sagen: Wir sind alle gleich – und dann nicht das gleiche von den Geschlechtern verlangen.

Josef Andres: Definitiv, wenn man für die Gleichberechtigung einsteht, muss man auch diesen Punkt diskutieren.

Friedli: Der Konflikt in der Ukraine zeigt uns, dass wir in der Lage sein müssen, das Land im Ernstfall selber zu verteidigen. Wir dürfen uns nicht auf andere verlassen.

Brunner: Auch bei einem anderen Punkt müssen wir genau hinschauen. Wenn Ausländer eingebürgert werden, sollen sie auch nach dem 20. Geburtstag noch Dienst leisten müssen.

Zurück zur SVP. Es scheint, dass in der Partei ein Führungsproblem besteht. Herr Brunner, Sie müssten zurückkommen.

Brunner: (lacht) Der Toni bleibt in den Bergen. Wir sind in einer Konsolidierungsphase. Bald haben wir in Graubünden Wahlen. Und da werden wir

auf der Siegerseite stehen. Die Führung muss schauen, dass man verlässlich ist und einschätzbar. Als ich hörte, wer Programmchefin wird – nämlich meine Partnerin Esther Friedli – sagte ich: Das kommt schon gut.

Friedli: Wir müssen bei unseren Grundsätzen und bei den Kernthemen bleiben: der Freiheit unserer Bürger und auch der Sicherheit im Sinne der Armee. Und es ist von zentraler Bedeutung, dass wir die Stromversorgung garantieren. Die Energiewende 2050 erweist sich immer mehr als Luftschloss. Wir wollen unsere AKW's abstellen – und importieren gleichzeitig Atomstrom.

Landerer: Da gebe ich Ihnen vollauf Recht. Die Abkehr von der Kernenergie

im Zuge der Fukushima-Katastrophe war ein überemotionaler Entscheid. Wir müssen den Selbstversorgungsgrad steigern und Abhängigkeiten minimieren. Es darf kein No-go sein, dass man die AKW-Diskussion neu lanciert. *Brunner:* Das schlimmste, das wir uns in dieser Sache erlaubten, war ein Technologieverbot. So nahmen wir uns freiwillig aus dem Rennen. Wenn wir über eigene Technologie verfügen würden, wäre alles leichter. Jetzt aber werden wir die alten Kernkraftwerke laufen lassen, solange es zulässig ist. Und wir importieren zu den uns diktierten Preisen fremden Strom. Man muss leider sagen: Die Energiestrategie von Doris Leuthard ist gescheitert.

Reden wir noch über die ukrainischen Flüchtlinge in der Schweiz.

Engagieren Sie sich auch?

Gabi Andres: Im näheren Umfeld haben wir Leute, die Menschen aufgenommen haben. Das ist schön. Aber ich erlebe auch, wie die Gastgeber an ihre Grenzen kommen. Fremde Menschen aufzunehmen, ist nicht so einfach, wie man es sich vorstellt.

Landerer: Wir erleben gerade eine Riesentragedie. Im Umgang damit braucht es professionelle Unterstützung. Die Menschen aus der Ukraine sind traumatisiert – und müssen betreut werden. Es ist gut, dass sie registriert werden. Aber die private Aufnahme kann die Menschen schnell überfordern. Eigentlich wäre das eine staatliche Aufgabe.

Friedli: Die Solidarität der Schweizer ist riesig. Der Schutzstatus S ist richtig, aber man muss schauen, dass er nicht missbraucht wird. Die private Aufnahme ist gut gemeint, aber wenn es länger dauert, könnte es schwierig werden. Für mich kommt es nicht in Frage. Viele Menschen sind traumatisiert – und brauchen professionelle Hilfe.

Gibt es keine Grenzen der Solidarität?

Brunner: Doch. Irgendwann müssen die Leute zurückkehren. Es ist niemandem gedient, wenn wir alle aufnehmen.

Friedli: Es ist wichtig, dass sich die Schweiz wieder als Vermittlerin ins Spiel bringt. Wir verfügen über grosses Knowhow – und können auch beim Wiederaufbau vor Ort helfen. ■

Vielfalt und moderne Infrastruktur

Der Kanton **St. Gallen** zeichnet sich durch eine abwechslungsreiche starke Branchenlandschaft und gesunde Staatsfinanzen aus.



Die Ökonomen Katharina Hofer und Claudio Saputelli sind die Autoren des UBS-Wettbewerbsindikators.

Der Kanton St. Gallen verfügt über ein solides langfristiges Wachstumspotenzial. In vielen wettbewerbsrelevanten Dimensionen ist er durchschnittlich positioniert. Besonders zeichnet er sich jedoch durch eine vielfältige, stark aufgestellte Branchenlandschaft sowie gesunde Staatsfinanzen aus. Dabei weist er regionale Vielfalt auf. Der Kantonshauptort punktet mit einer Fokussierung auf den wachstumsstarken Dienstleistungssektor, einer modernen Infrastruktur und einer international renommierten Universität. Die benachbarte Region Wil macht sich dies und die Zugewandtheit zur Metropolregion Zürich zunutze. Das Rheintal trumpft mit seinen starken Industrie- und Handelsbranchen auf. Verhältnismässig tiefe Büromieten und ein geringes Lohnniveau schaffen gute Voraussetzungen, wären da nicht die vergleichsweise hohen Steuern auf Unternehmensgewinne und natürliche Einkommen. Auch im Bereich Innovation gibt es Luft nach oben, wobei mit geplanten Investitionen in den Innovationspark Ost der Grundstein für Fortschritt gelegt wird.